

**Rede
von**

Oliver Lottke, MdL

zu TOP Nr. 7 und TOP Nr. 8 - Erste Beratungen

**7) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Niedersächsischen Jagdgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drs. 18/1840

**8) Wolfspopulation regulieren – Kulturgut Schäferei
erhalten**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/1841

während der Plenarsitzung vom 24.10.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir hätten gewarnt sein können: Im Landeswahlprogramm der FDP findet sich das Wort „seriös“ kein einziges Mal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP: Da sind Sie konsequent, denn auch Ihre heutigen Beiträge sind nicht seriös, sondern Populismus pur. Sie wollen den Wolf ins Jagdrecht aufnehmen und sprechen sich für die Regulierung der Wolfspopulation aus – wohlfeil, damit haben Sie die Aufmerksamkeit und den vordergründigen Applaus der Einfachen. Aber wer sich ein bisschen tiefer ins Dickicht wagt, darf, nein: muss über Ihren Vorstoß den Kopf schütteln.

Wir haben gerade eben die kleine Novelle des Jagdrechts beschlossen und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, haben die Aufnahme des Wolfes nicht einmal in dem ganzen Verfahren thematisiert. Wenn Sie das ernsthaft gewollt hätten, hätten Sie das früher einbringen müssen – so bleibt Ihr Vorgehen widersinnig. Nun werden Sie vielleicht einwenden, dass Sie das bei der noch anstehenden großen Neufassung in dieser Legislaturperiode noch machen wollten. Aber auch das hilft Ihnen nicht über die Lichtung: Ihr Vorstoß verfängt allenfalls als durchsichtiger populistischer Versuch, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Ihre Lösung ist allenfalls Losung, Sie haben sich noch nicht mal die Mühe gemacht, den Antrag, den Sie in der letzten Landtagswahlperiode schon gestellt haben, noch einmal abzuwandeln – „copy and paste“ funktioniert bei Ihnen gut, immerhin bedienen Sie sich nur eigener Quellen.

Aber wo wir schon beim Blick zurück sind, da verwundert doch schon, dass Sie noch vor wenigen Jahren fast schon überschwänglich von einer unbeschränkten Willkommenskultur für freilebende Wölfe und für deren Wert im Ökosystem sprachen. Und nun wollen Sie uns weismachen, dass Sie schon immer gegen die Wölfe waren und diese einseitig als Schädlinge markieren. Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren von der FDP, geht anders.

Und da bin ich dann schon bei Olaf Lies. Der Herr Umweltminister hat richtigerweise am 19. Oktober im Bundesrat in einem gemeinsamen

Entschließungsantrag der Länder Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen zum Umgang mit dem Wolf darauf hingewiesen, dass wir einen hundertprozentigen Schutz, den wir als SPD unbedingt wollen, nur über Regelungen auf der Bundesebene hinbekommen. Insoweit, meinen Damen und Herren, ist die SPD-geführte Niedersächsische Landesregierung schon viel weiter als die FDP im Krebsgang.

Die Menschen und insbesondere die Weidetierhalter brauchen mehr als Fensterreden und akademische Symbolanträge. Das erfährt man, wenn man vor Ort mit den Betroffenen spricht. Ich war am 17. September gemeinsam mit dem Umweltminister und meinem Kollegen Uwe Santjer mit Vertretern des Landvolks, des Deichverbands, der Schäfer, des Bundes und der EU in Altenbruch. Wir haben auf dieser Ebene sehr viel inhaltlichen Input erhalten, der einfließt in unsere politische Arbeit. Und weil solche Gespräche vor Ort mit den Weidetierhaltern und Deich-Verantwortlichen für den Minister und uns keine Schauwerbeveranstaltungen sind, sondern politischer Alltag und Regel, haben dann politische Vorhaben auch mehr Substanz, als wenn man wie Sie scheinbar vom Schreibtisch aus Phrasen googelt und wohlklingend arrangiert. Für uns als SPD ist es deshalb wichtig, dass der Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz mit in die Fachberatungen einbezogen wird.

Anrede,

das im gemeinsamen Entschließungsantrag im Bundesrat geforderte nationale Wolfskonzept ist der richtige Weg. Gerade weil uns die Sicherheit der Menschen so wichtig ist, brauchen wir Einigkeit im Bund, um zu wirksamen Lösungen auf EU-Ebene zu kommen. Für uns als Niedersachsen hat aber auch die Sicherstellung der Weidetierhaltung höchste Priorität. Verantwortlich mit dem Artenschutz umzugehen und gleichzeitig für einzelne Problemindividuen einfache und rechtssichere Optionen zur Entnahme zu schaffen, ist kein Widerspruch, sondern das Beschreiben beider Seiten einer Medaille. Wir brauchen aber auch eine Abrüstung im in Teilen ideologisch belasteten Konflikt zwischen Wolfsschützern und Weidetierhaltern. Umweltminister Olaf Lies hat dazu kluge Ansätze für ein ausgewogenes Wolfsmanagement geliefert, mit denen wir auch zu einem Akzeptanzgewinn im ländlichen Raum kommen werden. Dies wird uns

vor allem dann gelingen, wenn wir die Menschen dort mit dieser großen Herausforderung nicht allein lassen und Maßnahmen zum effektiven Herdenschutz ergreifen.

Anrede,

es ist richtig, dass das Bundesnaturschutzgesetz geändert werden muss, um die vorhandenen Spielräume europäischen Rechts besser nutzen zu können. Wir müssen uns noch besser vernetzen. Es gibt bei unseren europäischen Nachbarn, beispielsweise in Frankreich, gute Erfahrungen mit Wolfsquoten, durch welche die Populationen langsam wachsen und wodurch der günstige Erhaltungszustand nicht gefährdet wird und gleichzeitig Akzeptanz entstehen kann. Jährliches Monitoring, gemeinsam mit Polen, ist die notwendige engmaschige Weiterentwicklung einer Bestandskontrolle, die am Ende auch Antworten liefern muss und wird, wie eine Regulierung des Bestandes nach Erreichen des sogenannten „günstigen Erhaltungszustandes“ erfolgen kann.

Wichtig ist uns als SPD eine noch bessere finanzielle Unterstützung der Nutztierhalter: Niedersachsen ist auch unter dem Aspekt des Deichschutzes an der Küste und im Binnenland angewiesen auf eine funktionierende Flächenbewirtschaftung durch Weidetiere: Ohne Beweidung gefährden wir die Deichstabilität, die Schafe sind also von unschätzbare Bedeutung für unseren Lebensraum. Es ist deshalb wichtig, ein kluges Modell einer Weidetierprämie zu entwickeln, die diesen Zweig unserer Daseinsvorsorge nachhaltig unterstützt.

Anrede,

Mensch und Wolf werden sich wieder aneinander gewöhnen müssen. Damit dieses Miteinander gelingt, müssen wir jetzt entschlossen handeln. Entschlossenes Handeln, das richtigerweise deutschlandweit angelegt europäisch vereint ausgeführt wird. Die Menschen vertrauen darauf, dass wir wirksam handeln, nachhaltig und verantwortlich, und nicht Placebos verteilen, wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, es mit Ihrem Antrag versuchen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!